

# GEDENKDIENST

Verein für historisch-politische Bildungsarbeit und internationalen Dialog

No 2/10

## Ring frei!

Warum die Umbenennung des Dr.-Karl-Lueger-Ringes Not tut und die meisten Gegenargumente vorgeschoben oder falsch sind



Nicht Wien. Nehmen wir – St. Wolfgang: Rössl, Wolfgangsee. Am 12. August 1942 nahm sich dort der Gemeindevater Franz Rais ungeachtet seiner sonstigen Verpflichtungen endlich einmal Zeit. Und schrieb einen Brief. Mutmaßlich verwandte er beträchtliche Mühe darauf, den richtigen Ton zu treffen. Nicht zu viel. Und nicht zu wenig. Klarheit – und doch keine verstörende Direktheit. Die Jüdin Gertrud Peter war zu Herrn Doktors Leidwesen nämlich immer noch da. Wegen ihres arischen Ehemanns. Als dieser aber als politisch fragwürdiges Subjekt in Haft genommen wurde, schien es Franz Rais an der Zeit, dem Gmundner NS-Landrat endlich mal Bescheid zu stoßen.

Ungeachtet der Rahmenbedingungen zeige sich Gertrud Peter, so Rais „zu frei und geradezu frech im Ort“. Und dann auch noch „im Kreise von Bekannten, einer typisch jüdenfreundlichen Clique, breit im Vorraum des Hotels“. Das konnte doch unmöglich so bleiben: „Ich bitte um Stellungnahme. Es ist ja ein arischer Haushalt, da der Gatte Arier, nun aber ist er verhaftet. [...] Soll ich sie verwarren oder Herr Landrat oder die Gendarmerie oder ...?“ Während seine Müheverwaltung im Fall von Frau Peter nicht den intendierten Effekt hatte – sie überleb-

ten den Krieg – war Herrn Doktors medizinischen Aktivitäten scheinbar mehr Erfolg beschieden. Als man Jahre später daran ging dem Sohn des Ortes für seine Verdienste zu danken, setzte eine Koalition aus Expatienten, Nazikumpen und hinreichend Desinteressierten die namentliche Widmung einer Straße durch, der „Dr. Franz Xaver Rais-Promenade“. Erst in den 1990ern regten sich erste Zweifel, wenn auch mehrheitlich nicht in St. Wolfgang. Appelle der Israelitischen Kultusgemeinde und des Dokumentationsarchivs, den Namen doch im Hinblick auf Rais' Denunziation abzuändern, verhallten zunächst ungehört. Erst nach einem neuerlichen Anlauf, diesmal unterstützt von zahlreichen Prominenten sah sich der Gemeinderat 2006 zum Handeln genötigt. Nach wie vor war man aber bemüht, Rais widerfahren zu lassen was man für Gerechtigkeit hielt. Da galt es sorgfältig abzuwägen zwischen einem Mordanschlag und der offenbar einzig Rais zuzuschreibenden Gesundheit der rassisch unbedenklichen Population. Andererseits – wenn so viele wichtige Leute „...?“ Um es kurz zu machen: Die betreffende Topographie schmückte fortan der schöne Name „Doktorpromenade“.

### Lueger aus der Stadtgeschichte tilgen?

Jetzt doch Wien. Doch Ring. Doch Karl Lueger. Was das eine mit dem anderen zu tun hat? Die Notwendigkeit, im Umgang mit einer belasteten Person eine Entscheidung zu fällen. Und das, obwohl es neben den Schatten- eventuell auch Lichtseiten gibt. Mag man nämlich angesichts der peinlichen Posse um die „Doktorpromenade“ über den provinziellen St. Wolfgang Kleingeist höhnen, der sich nicht getraut geschichtspolitisch Nägel mit Köpfen zu machen, muss gleichwohl eingeräumt werden: Feiger ist man in Wien allemal. Hier erinnern gleich zwei Verkehrsflächen, eine Kirche, ein Brunnen, ein Park, mehrere Denkmäler und Büsten, Altarbilder, ungezählte Inschriften, eine mächtige Lueger-Eiche, der Lueger-Hof und die Lueger-Brücke an den langjährigen Bürgermeister und Gründer der Christlichsozialen Partei.

Niemand verlangt nun Luegers posthume Auslöschung, wie regelmäßig unterstellt wird: Weder soll sein Name aus den vielen „Errichtet unter Bürgermeister Dr. Karl Lueger“-Schildern gekratzt, noch die nach ihm benannte Kirche auf

## Inhalt

Die Politik der Wiener Straßennamen	3
Lueger wörtlich	3
Das Schwarze Wien, der antisemitische Kleinbürger und Luegers Opportunismus	4
Ent-Schuldigungen für Lueger	5
Gedenken und Verantwortung	6
vor.gelesen   rezensionen	8
Studienfahrt nach Theresienstadt	8

## Editorial

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Dr.-Karl-Lueger-Ring, Dr.-Karl-Lueger-Gedächtniskirche, Dr.-Karl-Lueger-Platz, Dr.-Karl-Lueger-Denkmal – in der Reihe der Wiener Verkehrsflächen und im öffentlichen Raum ist dieser Name allgegenwärtig. Die zahlreichen Benennungen nach diesem Wiener Bürgermeister der Jahrhundertwende stehen zweifelsohne in Verbindung mit seinen Verdiensten um die Stadt Wien. Dies wäre nicht weiter der Rede wert, verdankte dieser Mann seinen Erfolg nicht einem politischen Instrument, dessen sich zu bedienen er Zeit seines Lebens keine Hemmungen hatte: dem platten, mit primitiven Affekten spielenden Antisemitismus.

Den politischen Werdegang Luegers betrachtet, unter Einbezug zweier in diesem Jahr neu erschienener Biografien, Johannes Breit; begleitet wird sein Beitrag von einer Sammlung von aussagekräftigen Lueger-Zitaten. Weiters hat sich Magdalena Neumüller in ihrem Beitrag über wissenschaftliche Lueger-Debatten Gedanken gemacht; diese münden in der notwendigen Frage: Warum kommt einer zwiespältigen politischen Figur wie Lueger heute noch so viel Ehre zu? Diese Frage stellt Florian Wenninger im Leitartikel und fordert die Umbenennung des Lueger-Rings. Dass die Praxis der Umbenennung in Wien einst Gang und Gäbe war, führt schließlich Birgit Nemeč in ihrem Beitrag über die facettenreiche Geschichte der Wiener Verkehrsflächenpolitik der vergangenen 100 Jahre vor.

Überdies freuen wir uns, eine ebenso luzide wie treffend formulierte Rede von Elfriede Hammerl, die anlässlich der Gedenkfeier in Rechnitz im März gehalten wurde, in dieser Ausgabe abdrucken zu können.

Zuletzt gilt es noch, einen Abschied und ein Willkommen in der Redaktion von *GEDENKDIENST* bekannt zu geben: mit dieser Ausgabe übernimmt Adina Seeger die Redaktion von Christoph Fischer und wird künftig die Geschicke der Zeitung leiten.

Christoph Fischer  
Adina Seeger

Fortsetzung auf Seite 2

## Fortsetzung von Seite 1

dem Zentralfriedhof gesprengt oder die Lueger-Eiche in den Kesseln des Wiener Fernwärmewerks verfeuert werden. Lediglich zwei seiner vielen Ehrungen stehen zur Diskussion: Das Lueger-Denkmal auf dem gleichnamigen Platz im 1. Bezirk und der unter dem Austrofaschismus am 24. Juli 1934 nach Lueger benannte Abschnitt der Ringstrasse, der bis dahin nach dem Tag der Ausrufung der Republik „Ring des 12. November“ geheißt hatte. Auch das Lueger-Denkmal soll, der Idee des „Arbeitskreises zur Umgestaltung des Wiener Lueger-Denkmal“ an der Wiener Universität für Angewandte Kunst zufolge, nicht beseitigt, sondern in ein Mahnmal gegen Antisemitismus und Rassismus in Österreich umfunktioniert werden.<sup>1</sup>

Bleibt der Lueger-Ring. Und ja: der soll umbenannt werden.

### Die Gegenargumente

Die GegnerInnen einer Umbenennung stützen sich im Wesentlichen auf fünf Argumente

1. Die historische Person Lueger werde zu Unrecht „dämonisiert“
2. Eine Umbenennung würde Geschichte verfälschen indem sie Lueger als Teil der Stadtgeschichte unsichtbar machen wolle
3. Eine Umbenennung führe unweigerlich zu weiteren und setze einen Prozess der Denkmalstürmerei in Gange
4. Die betroffenen AnrainerInnen würden von einer Adressänderung zu sehr irritiert
5. Die mit einer Umbenennung verbundenen Kosten seien nicht zu verantworten

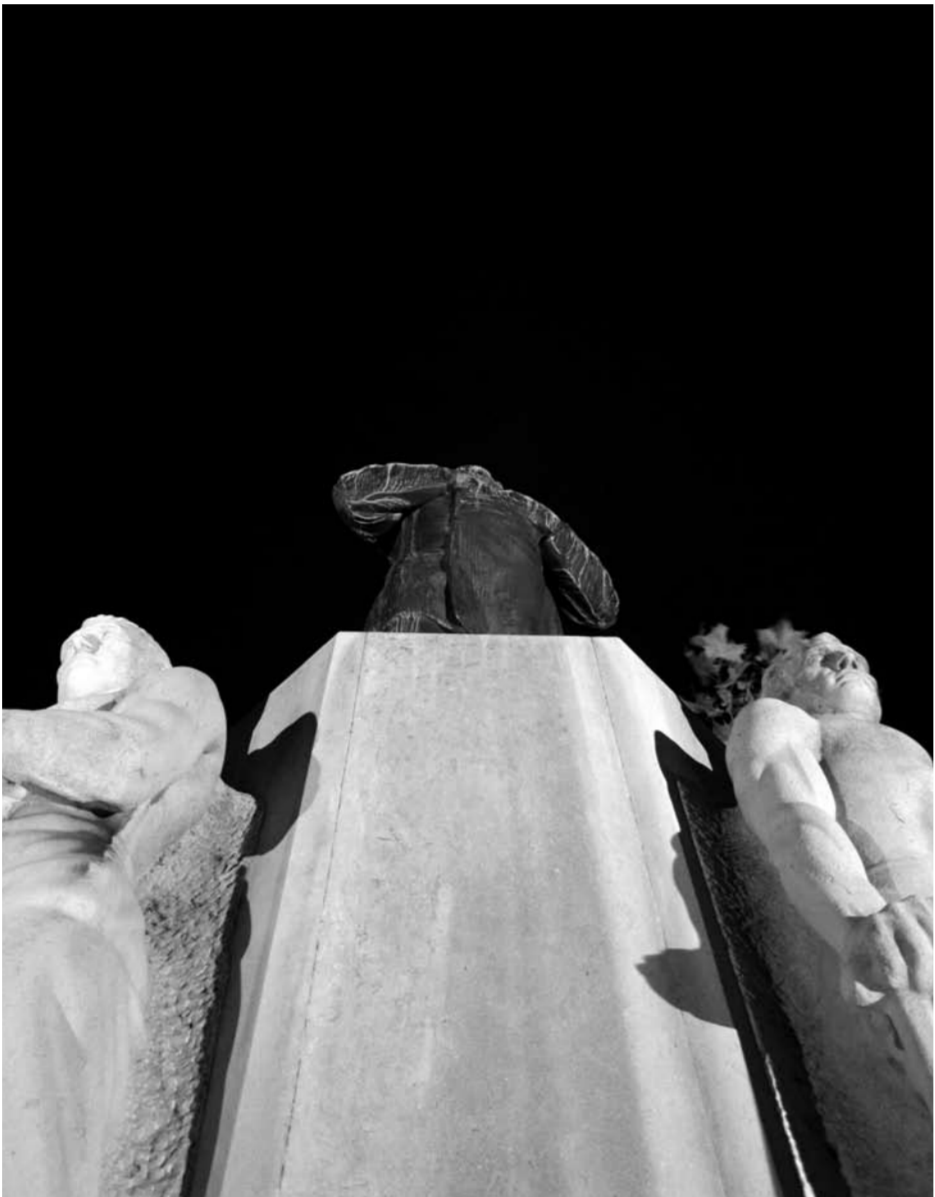
### Neue historische Erkenntnisse zur Person Lueger?

Als vor dem heurigen Sommer eine neue Biografie Luegers von John W. Boyer erschien, wurde von HistorikerInnen im Rahmen eines Symposiums im Wiener Rathaus einmütig die „Entmythologisierung“ der Person Lueger gelobt. Boyers Verdienst bestünde in einer „ausgewogenen“ Darstellung des „Schönen Karl“, war man sich einig: „Eine Umbenennung des Dr.-Karl-Lueger-Rings, ein Fällen der Lueger-Eiche und die Demolierung des Lueger-Denkmal in Wien werden sich schwer aus der neuen Beurteilung ableiten lassen.“<sup>2</sup>

Bei näherer Betrachtung stellt sich freilich heraus: neu ist diese Beurteilung eigentlich nicht. Sie stellt Luegers politische Methoden seinen Projekten gegenüber. Lueger bediente sich in seiner Aufstiegsphase rabiat antisemitischer Parolen. Als Bürgermeister trieb er gleichwohl wichtige städtische Reformen voran - was auch schon bisher niemand ernstlich bestritten hatte. Muss aber deshalb ignoriert werden, dass dieser „gewaltigste deutsche Bürgermeister“ (A. Hitler) wesentlich dazu beigetragen hat hierzulande eine Dynamik zu verschärfen, die schließlich im NS-Massenmord kulminierte?

Weil die vulgäre Judenfeindschaft Luegers in einer Vielzahl von Quellen zweifelsfrei belegt ist, würde es wenig Sinn machen, ihn rundweg abzustreiten. Feinsinn ist gefragt: [Der Antisemitismus] war zwar der einigende Faktor der sozial und kulturell buntgemischten Luegerschen Koalition, aber eigentlich nur

ein Mittel zur Mobilisierung der Massen. Nie zog er aus seinen jüdenfeindlichen Reden praktische Konsequenzen, sein Antisemitismus war nicht rassistisch, sondern populistisch.“<sup>3</sup> Für die Betroffenen sicherlich ein tröstlicher Gedanke. Selbst, wenn dieser Argumentation folgend auch der FPÖ kein Vorwurf daraus zu machen wäre, dass sie einstweilen nur virtuell auf Minarette und Imame schießen lässt, ist sie historisch schlicht falsch: Luegers Antisemitismus war phasenweise durchaus auch praktisch orientiert, etwa, indem er 1887 Schönerers Bemühungen zur Beschränkung der jüdischen Zuwanderung unterstützte.



Auf die Behauptung, eine Umbenennung verfälsche die Stadtgeschichte indem sie Lueger gewissermaßen unsichtbar machen wolle, wurde bereits eingegangen: Es steht nicht Luegers Entfernung aus dem Stadtgedächtnis zur Debatte, sondern die Umbenennung einer nach ihm benannten, prominent gelegenen Verkehrsfläche. Diese wurde 1934 von einer Diktatur als Akt demonstrativer Ablehnung demokratisch-republikanischer Werte nach Lueger benannt und der neue Name nach 1945 infolge eines großkoalitionären Kuhhandels beibehalten (im Austausch wurde der vormalige Seipel-Ring zum Dr.-Karl-Renner-Ring). Am derzeitigen Lueger-Ring liegen mit dem Burgtheater und der Universität Wien wesentliche Institutionen des hiesigen geistigen und kulturellen Lebens, somit wäre dieser Ort besonders geeignet ein öffentliches Zeichen zu setzen, das mit der antisemitischen Tradition sichtbar bricht. Und natürlich stimmt, dass Straßennamen zu einem gewissen Grad historische Erfahrungen widerspiegeln. Aber Erfahrungen werden im Lauf der Zeit ja glücklicherweise ab und an neu bewertet. Deshalb wurden, man verzeihe das zugesetzte Beispiel, ungeachtet der recht eindrücklichen historischen Erlebnisse mit der Person und

ihrem Werk die zahlreichen Adolf-Hitler-Plätze, -Straßen und -Gassen nach 1945 landauf, landab ebenfalls umbenannt. Ein Fehler? Eine „historische Verfälschung“?

Die Behauptung, eine Umbenennung sei schon aus Prinzip abzulehnen, weil dann kein Ende absehbar sei, darf getrost als Versuch bezeichnet werden, jeder ernsthaften Diskussion von vornherein aus dem Weg zu gehen: Das Argument „aber dann müsste man ja konsequenterweise auch...“ firmiert in Rhetorik-Handbüchern als klassische Methode der Ablenkung und verdient keine weitere Aufmerksamkeit. Zur Diskussion

den also vermutlich von der Universität selbst getragen werden, hier könnte das PR-Budget zweifellos nutzbringender angelegt werden als in Kutschschreibern und Accessoires mit Universitätslogo. Sollten sich die Casinos Austria, deren Zentrale sich ebenfalls am Lueger-Ring befindet, oder eine/r der anderen AnrainerInnen derlei nicht leisten wollen oder können, ließe sich mit Sicherheit eine relativ preisgünstige Kostenübernahme durch die öffentliche Hand bewerkstelligen. Wie ein Blick ins Stadtbudget verriet, wären für kulturelle Anliegen – und um ein solches handelte es sich fraglos – die entsprechenden Mittel durchaus vorhanden.

### Was ist also das Problem?

Abhängig von der jeweiligen politischen Couleur steht einer Umbenennung vor allem zweierlei entgegen: Die Volkspartei hält mit Lueger den Gründer ihrer Vorgängerorganisation, der Christlichsozialen Partei, in Ehren. Wie auch in anderen Fällen – man denke nur an Dollfuß oder Seipel – mag man den Wert einer kritischen Befassung mit der eigenen Organisationshistorie bei den Bürgerlichen bislang nicht erkennen. Wer in der Wiener ÖVP-Parteizentrale nachfragt, erfährt lediglich, dass „die Namen der verschiedenen Ringabschnitte historisch gewachsen sind und nicht zur Diskussion stehen. Wir beschweren uns ja auch nicht über den Renner-Ring.“ So weit, so wenig überraschend. Die SPÖ-Führung fürchtet im Fall einer Umbenennung offenkundig eine breit angelegte Kampagne der Kronzeitung, wie Funktionäre hinter vorgehaltener Hand erklären: „Von denen die das dann lesen versteht niemand was ihr wollt's. Die glauben, wir machen das wegen der ‚Ostküste‘ und wählen das nächste Mal erst recht den Strache.“ Aus verständlichen Gründen legen aber weder die einen noch die anderen ihre tatsächlichen Motive offen dar. Und bemühen stattdessen lieber weiterhin jedes noch so durchsichtige Argument, um die Diskussion im Keim zu ersticken.

Noch vor wenigen Monaten hätte der Artikel hier enden müssen. Inzwischen ist jedoch Bewegung in die Sache geraten. Der heurige SPÖ-Landesparteitag beschloss die Einsetzung einer Historikerkommission zwecks kritischer Überprüfung aller Wiener Straßennamen. Auf Konsequenzen mochte man sich zwar vorerst nicht festlegen, immerhin besteht aber Grund zur Hoffnung, dass das argumentative Eis für die GegnerInnen einer Umbenennung nicht dicker werden wird. Womit wir auf kurz oder lang in Phase 2 eintreten würden, nennen wir sie die „St.-Wolfgang-Stufe“. In ihr wird es darum gehen, faule Kompromisse zu verhindern, den „Karl-Hochquell-Ring“ etwa. Um schließlich in Phase 3 zu gelangen: Zur Zivilisierung des Rings. Bleibt die nicht minder spannende Frage, wer oder was dann im Herzen der Stadt eingeschrieben sein soll.

### Florian Wenninger

*Obmann Verein Gedenkdienst, leistete Gedenkdienst 1998/99 an der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem. Studium der Politikwissenschaft, Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien.*

- 1 Nähere Informationen: www.luegerplatz.com
- 2 Helmut Rumppler: Der Koloss von Wien. In: Damals, 2/2010, S. 66-67-67.
- 3 ebenda.

# Die Politik der Wiener Straßennamen

Im Kontext der Umbenennungsdebatte in Bezug auf den Dr.-Karl-Lueger-Ring taucht regelmäßig das Argument auf, in Wien würden „prinzipiell“ keine Umbenennungen von Verkehrsflächen vorgenommen, die auch AnrainerInnen betreffen. Ein kurzer Blick in die Vergangenheit zeigt: das war nicht immer so. Beispielsweise wechselte der Platz vor der Votivkirche im Zentrum Wiens seinen Namen im Verlauf der letzten 100 Jahre stattliche fünf Mal.<sup>1</sup>

Nachstehend veröffentlichen wir einen Beitrag von Birgit Nemeč, der die Wiener (Um-)Benennungspolitik des vergangenen Jahrhunderts beleuchtet.

Das Erinnern an geschichtswürdige Ereignisse und Persönlichkeiten geschieht im öffentlichen Raum nicht nur anhand von Denkmälern und Gedenktafeln, sondern auch in der Benennung von Straßen und Plätzen, wodurch – wie im Fall des Platzes vor der Votivkirche – eine offizielle Version der Vergangenheit in das verschriftlichte Gedächtnis einer Stadt überführt wird. Vergangheitspolitische Prozesse wie Straßenbenennungen sind darauf ausgelegt ein herrschendes Regime zu bestätigen und in den Alltag der Stadt einzuschreiben. Brüche werden in diesem – häufig als ahistorisch und unpolitisch empfundenen Medium – daher zumeist ausgeblendet. Der urbane Raum ist jedoch nicht nur durch Gemeinsamkeiten, sondern auch durch Heterogenität geprägt, wodurch politische und historische Annahmen, im Besonderen beim Wechsel von Herrschaftsverhältnissen, in laufendem Übergang begriffen sind. Neue Mythen, pluralistische Legenden und Erinnerungen werden benötigt, Geschichte muss einer neuerlichen Prüfung unterzogen, neu geschrieben werden. Benennungen und Umbenennungen im öffentlichen Raum können in diesem Fall als explizite Werkzeuge der Nationsbildung verstanden werden. Das Bild der Vergangenheit, wie es in Straßennamen konstruiert wird, ist eng mit urbanen Lebenswelten verwoben, unterscheidet sich jedoch vom Vergangenheitsbild der Geschichtsbücher, da es im Normalfall keine Anti-Heldinnen und Anti-Helden enthält.

In der Memory Politik Wiens, vor allem jener der zweiten Republik, werden kulturelle *Höhepunkte* und Wiens Charakter als *Kulturstadt* offiziell propagiert. Ausgebildet werden tendenziell hingegen etwa die NS-Vergangenheit und ihrer Wurzeln vor 1938, die Bedeutung der Arbeiterklasse und der Migranten in der Stadtentwicklung der letzten 100 Jahre, die historischen Erfahrungen von

Frauen oder die Lebenswelten der aus verschiedenen kulturellen und sozialen Hintergründen kommenden Einwohner Wiens – allesamt zentrale Themen in der Vergangenheit der Stadt Wien und wesentliche Beiträge zu deren Modernisierung; zudem sind dies demographische, soziale und politische Quellen von städtischen Veränderungsprozessen.<sup>2</sup> Fragt man nach Tendenzen und Zäsuren von Wiens Memory Politik auf der Ebene der Straßenbenennungen zwischen 1910 und 2010, fällt auf, dass sich Umbenennungen entlang politischer Einschnitte häufen. Die erste Umbenennungsphase wurde durch den Verlauf des ersten Weltkrieges und den Zerfall der Monarchie geprägt. In dieser ersten Phase sollten anderssprachige Ausdrücke – im Besonderen solche, die ihren Ursprung in einer Sprache direkter Kriegsgegner hatten – aus der Straßenbenennung entfernt werden. Die Jahre zwischen 1918 und 1921 waren von den Interessen der sozialdemokratischen und christlichsozialen Regierung geprägt. Der Anstieg von Umbenennungen um 1933/1934 ist im Sinn des austrofaschistischen Regimes durch das Entfernen von sozialdemokratischen Erinnerungsinhalten geprägt. Die Machtergreifung der Nationalsozialisten 1938 löste die bis dahin größte Welle an Umbenennungen aus: Benennungen nach so genannten „*rassistisch oder weltanschaulich untragbaren Personen*“<sup>3</sup> wurden durch Ehrungen von Persönlichkeiten des NS-Regimes ersetzt. Bis zum Staatsvertrag 1955 und der damit einhergehenden Unabhängigkeit Österreichs war die Zeit nach 1945 von der Übergangsregierung und von den Interessen der Alliierten geprägt. Die Umbenennungen der späten 1940er Jahre sahen eine „Säuberung der Wiener Straßennamen vom nationalsozialistischen Gedankengut“<sup>4</sup> vor sowie Ehrung von WiderstandskämpferInnen und Betonung von Österreichs Charakter als

friedfertige Kulturnation. Ein Großteil der Einschreibungen der Alliierten wurden 1955 rückgängig gemacht. Seither wurden Umbenennungen soweit als möglich vermieden; ein leichter Anstieg der Fälle ist seit den 1980er Jahren erkennbar, in dem sich die Beschäftigung mit als problematisch erachteten Erinnerungselementen einerseits sowie mit Opfern des Holocaust andererseits abzeichnet. Nicht alle Umbenennungen, die etwa von der Stadtverwaltung, politischen Parteien, Bezirksvertretungen, lokalen Gruppierungen, Interessensgemeinschaften oder Privatpersonen in Vorschlag gebracht wurden, fanden eine Umsetzung. Mehr noch, gaben sie häufig Anlass zu Verhandlungen von Themen wie (lokalem, urbanem und nationalem) Gedächtnis und Gegengedächtnis, Milieus und Subkulturen, der Verortung von *communities* im Stadtraum sowie dem Stellenwert von Aspekten wie Internationalität und Pluralität. Kontrovers diskutiert wurden weiters Inhalt und lokale Schwerpunkte der Verkehrsflächenbenennung, negative Aspekte politischer Instrumentalisierungen, der „Verkauf“ von Straßennamen, um die leere Stadtkasse zu füllen (wie es beispielsweise in Berlin der Fall war<sup>5</sup>), Partizipationsbemühungen durch Anwohner oder – um Themen aus dem letzten Jahrzehnt zu nennen – die vermehrte Wahrnehmung von Frauen oder die Demokratisierung der Straßenbenennungen. Triftigster Grund einer Umbenennung war die Beseitigung eines ideologisch nicht mehr tragbaren Erinnerungsinhaltes – wengleich diese Praxis zu jeder Zeit diskutiert und von den politischen Oppositionen heftig kritisiert wurde. Hohe Akzeptanz fanden Umbenennungen zur Ausschaltung von Doppelbenennungen – von der dadurch erleichterten Orientierung profitierten Anwohner, sowie staatliche Einsatz- und Hilfskräfte. In der jeweiligen Argumentation gegen eine Umbenennung werden

die historische Relevanz der bestehenden Namen, die hohen Kosten und der hohe Aufwand für Stadt und Anrainer, sowie die Belastung der Bevölkerung durch Veränderungen im urbanen Gedächtnis betont. Versteht man Geschichte und Erinnerungskulturen als wesentliche Komponenten der offiziellen Kultur und nationale oder kollektive Vergangenheit als bedeutungsvolle kulturelle Konstrukte, können Straßennamen als Medien der Memory-Politiken und des Gedächtnisspeichers einer Stadt gelesen werden. Die genauere Untersuchung von Straßenbenennungen erlaubt demnach eine Analyse des Schreibens und Umschreibens von Geschichte im urbanen Raum, sowie in weiterer Folge Aussagen über Politiken und Tendenzen des momentanen Gedächtnis-Diskurses auf der Ebene der Straßenbenennung.

### Birgit Nemeč

*ist seit 2008 wissenschaftliche Mitarbeiterin des interdisziplinären CORPOrealities Projekts und seit 2009 als Forschungsstipendiatin an den Sammlungen der Medizinischen Universität Wien tätig sowie seit 2010 Kollegiatin im Doktorandenkolleg „Naturwissenschaft im historischen, politischen und kulturellen Kontext“ an der Universität Wien.*

Der Text fasst die Zwischenergebnisse eines Forschungsprojektes zur Benennung Wiener Straßen zusammen. Nach einer weiteren Phase der Datenaufnahme sowie einer umfangreicheren seriellen Auswertung der Daten wird das Projekt mit Unterstützung der MA 7 Ende 2010 abgeschlossen und mit der Unterstützung der MA 8 Mitte nächsten Jahres publiziert.

- 1 Ursprünglich hieß er Maximilianplatz (nach Kaiser Maximilian), 1919 bis 1934 Freiheitplatz, 1934 bis 1938 Döllfußplatz, 1938 bis 1945 Hermann Göring-Platz und von 1945 bis 1946 wieder Freiheitplatz. Seit 1946 trägt er den heutigen Namen – Rooseveltplatz.
- 2 Matt, Siegfried: Vienna since World War II. In: Czapliska, John J.; Ruble, Blair A.; Crabtree, Lauren (Hg.): Composing urban history and the constitution of civic identities. Washington D.C. (2003). S. 242
- 3 Ebenda, S. 218
- 4 Die Gemeindeverwaltung des Reichsgaues Wien im Jahre 1939 (vormals Städtischer Verwaltungsbericht). S. 192
- 5 Rathaus-Korrespondenz, 18. 12. 1948, S. 1781
- 6 Vgl. etwa die McDonald's Straße oder die Möbel Hübler Straße; Kühn, Ingrid: Umkodierung von öffentlicher Erinnerungskultur. S. 312

# Lueger: wörtlich

„Antisemitismus ist gleichbedeutend mit dem Kampf gegen das alles überwuchernde, alles erdrückende und alles verderbende Großkapital.“ Lueger im Parlament 1890.<sup>5</sup>

„In Wien muß der arme Handwerker am Samstag nachmittag betteln gehen, um die Arbeit seiner Hände zu verwerten, betteln muß er beim jüdischen Möbelhändler ... Wir wollen auf dem Boden unserer Väter freie Männer sein, und das christliche Volk soll dort herrschen, wo seine Väter geblutet haben.“ Rede von Lueger vor dem Christlichsozialen Arbeiterverein in Wien, laut Protokoll begleitet von tosendem Beifall.<sup>8</sup>

„Wenn man aber einmal oben ist, kann man ihn nimmer brauchen, denn das ist ein Pöbelsport“ Lueger über den Antisemitismus aus einem Bericht des Journalisten Alexander Spitzmüller.<sup>3</sup>

„Ich werde erst glücklich sein, wenn der letzte Jud' aus Wien verschwunden ist.“<sup>1</sup>

„Wir wehren uns dagegen, daß die Christen unterdrückt werden und daß an die Stelle des alten christlichen Reiches Österreich ein neues Palästina tritt. Unsere Kirche muß sich der unwürdigen Rolle einer Dienerin der judenliberalen Staatsgewalt entledigen ... dann wird auch die Befreiung des christlichen Volkes von den schmachvollen Fesseln der Judenknechtschaft eintreten.“ Lueger im Parlament 1890.<sup>7</sup>

„Na, wir werden halt sehen, welche Bewegung stärker sein wird, die demokratische oder die antisemitische, danach muß man sich einrichten.“ Lueger 1886 bei einer Tischrunde beim „Schwarzen Adler“ aus der Erinnerung von Dr. Ferdinand Kronawetter, Reichsrats- und Landtagsabgeordneter.<sup>2</sup>

„Linz ist ja auch eine ganz verjudete Stadt.“<sup>49</sup>

Im November 1907 bezeichnete der bereits schwerkranke Lueger am sechsten allgemeinen Katholikentag die Universitäten als „Brutstätten der Religions- und Vaterlandslosigkeit“ und forderte deren „christlichsoziale Eröberung“ und trat „gegen die Vorherrschaft des jüdischen Cliquenwesens an den Hochschulen“ auf.<sup>10</sup>

„Nicht wahr, es ist schade um mich?“ Lueger zu einem jüdischen Jugendfreund über seine Wandlung zum Antisemiten.<sup>4</sup>

„Ja, gewiß, auch Aristokraten und Christen haben gegründet, aber diese werden im Auge eines echten Christen noch viel verächtlicher gehalten als die Juden, sie ständigen gegen ihr Volk, während der Jude, wenn er gegen uns kämpft, sein Volk, seinen Glauben, seinen Stamm verteidigt.“ Lueger im Parlament 1890 in Anspielung an den Börsenkrach 1873.<sup>6</sup>

zusammengestellt von Lukas Meißel

- 1 Rudolf Spitzer, Des Bürgermeisters Lueger Lumpen und Steuerträger (Wien 1988), S. 85.
- 2 Ebenda, S. 86.
- 3 Ebenda, S. 86.
- 4 Ebenda, S. 86.
- 5 Ebenda, S. 90.
- 6 Ebenda, S. 90.
- 7 Ebenda, S. 90.
- 8 Ebenda, S. 90-91.
- 9 Ebenda, S. 92.
- 10 Ebenda, S. 93.
- 11 Ebenda, S. 96.



## Das Schwarze Wien, der antisemitische Kleinbürger und Luegers Opportunismus

Zu Luegers politischer Vita und Wirkmächtigkeit sowie zu zwei Biografien, die zu seinem 100. Todestag erschienen sind

14. März 1910, Wien trauert; tausende Menschen, darunter nicht nur alle Erzherzöge und der Kaiser, sondern auch – so wird kolportiert – der junge Adolf Hitler, nehmen am Begräbnis des vier Tage zuvor verstorbenen Bürgermeisters Karl Lueger teil. Lueger wird in der Karl-Borromäus-Kirche, für die er 1908 den Grundstein gelegt hat und die heute noch unter dem Namen „Dr.-Karl-Lueger-Gedächtniskirche“ bekannt ist, beigesetzt. Diese Kirche war eines von vielen Bauwerken, die in Luegers Ära als Bürgermeister zwischen 1897 und 1910 errichtet wurden und die bis heute das Stadtbild von Wien prägen: Stadtbahn, Gaswerke, Krankenhäuser und Kirchen.

Der Politiker Karl Lueger hat jedoch nicht nur das Wiener Stadtbild geprägt, sondern vor allem als „brillanter großstädtischer Populist“, wie John W. Boyer in seiner unlängst erschienenen Lueger-Biografie schreibt, die politische Landschaft wesentlich verändert.

„Lueger erkennt seine Lebensmöglichkeit und damit seine Aufgabe: Niederringung des liberalen Bürgertums (...) durch den Kleinbürger, das ist er selbst, der konkrete Mensch.“ Dies merkte schon Robert Scheu, Journalist bei der Arbeiterzeitung in seinem Nachruf auf Lueger in Karl Kraus' Fackel an. Die Isolation des liberalen Bürgertums und die politische Etablierung des Kleinbürgers machten Lueger zu einem „der erfolgreichsten mitteleuropäischen Politiker des 19. Jahrhunderts“ (Boyer), er löste damit ein „die gesamte politische Landschaft Mitteleuropas erschütterndes Beben“ (Boyer) aus und prägte die Christlichsoziale Partei und in der Folge die gesamte österreichische Parteien- und Politiklandschaft nachhaltig.

Karl Lueger wurde 1844 in Wieden, einem damals noch kleinbürgerlich geprägten Vorort von Wien, geboren. Schon früh erkannte er die Chance, die

ihm der so genannte Mittelstand, das Kleinbürgertum, als Basis zu seinem politischen Aufstieg bot: Verunsichert durch die platzgreifende Industrialisierung und dem damit einhergehenden politischen Wandel, geprägt von der Ablehnung des Liberalismus und der Österreich-spezifischen Abneigung gegen Intellektuelle sowie durch den sich zur politischen Strömung formierenden Antisemitismus, war das Kleinbürgertum das ideale soziale Milieu, aus dem sich einer der einflussreichsten Politiker der Donaumonarchie zu einem der ersten Populisten entwickeln konnte. Dem den Kleinbürger prägenden Milieu von Angst und Hass – Angst vor dem Abstieg in das Industrieproletariat, Hass auf das liberale, als „verjudet“ imaginierte Großbürgertum – versuchte Lueger als einer der ersten politisch Gehör zu verschaffen, zuerst mit einem Wahlbündnis mit den entstehenden Deutschnationalen, dann mit der von ihm 1893 gegründeten Christlichsozialen Partei. Ziel war es, einen ressentimentgeladenen und somit massentauglichen Konservatismus mit eindeutig antiliberaler Ausrichtung zu etablieren.

Um seiner in permanenter Angst vor sozialer Deklassierung schwebelnden Wählerschaft auch ein konkretes Angebot machen zu können, formulierte Lueger für seinen Wahlkampf in Wien ein explizit antisemitisches Programm, das in seiner Regierungszeit auch umgesetzt werden sollte. So wurden antisemitische Bücher an Volksschulen eingeführt, jüdische Lehrer entlassen, Juden vom Gemeindedienst ausgeschlossen, Juden, die schon im Dienst der Gemeinde standen nicht befördert und ein Zusatz zur Wiener Gemeindeverfassung hinzugefügt, der den Erhalt der Bürgerrechte und den Schwur, Wiens Charakter als „deutsche Stadt“ zu erhalten. Der explizite Antisemitismus Luegers und seiner Christlichsozialen Partei wurde sofort

verstanden, sodass sie mit dem aussagekräftigen Spitznamen „die Antisemiten“ politisch identifiziert wurde.

Das an den Eliten orientierte politische System der Donaumonarchie reagierte auf die von Lueger etablierte „Massenpolitik“ zunächst mit Verweigerung: Kaiser Franz-Joseph weigerte sich 1895 Luegers Wahl zum Bürgermeister von Wien zu bestätigen – zu neu und „schmissig“ war der offen artikulierte Antisemitismus Luegers. Erst fünf Wahlen später, nach einem kurzen Interregnum als Vizebürgermeister, konnte Lueger mit massiver Unterstützung durch Papst Leo XIII. das Bürgermeistertum von Wien beziehen, ein Amt, das er bis zu seinem Tod 1910 innehatte.

Um dem Kleinbürgertum als neuer politischer Akteur in einem vertrauten Rahmen begegnen zu können, kreierte Lueger vor allem darüber debattiert, wie „echt“ sein politischer Antisemitismus gewesen sein mag. Zweifelslos war Lueger wie viele seiner Zeit und Sozialisation ein Antisemit. Worum sich die Debatten aber drehen, ist die Frage, ob der politische Antisemitismus Luegers und seiner Partei opportunistisches Mittel zum politischen Zweck oder politischer Selbstzweck gewesen sei. Hierbei taucht auch oft das folgende, ihm zugeschriebene Zitat auf: „Wer Jude ist, bestimme ich.“ Auch schreibt ihm das österreichische Schulbuch Einst und Heute, Band 7, die folgenden Worte zu: „Ja, wissen'S, der Antisemitismus is' a sehr gutes Agitationsmittel, um in der Politik hinaufzukommen; wenn man aber einmal oben is', kann man ihn nimmer brauchen, denn des is' a Pöbelsport!“ Diesen Zitaten, die Luegers instrumentelles Verhältnis zum Antisemitismus belegen sollen, stehen aber Aussagen ganz anderer, eindeutiger Art gegenüber, wie etwa: „Ich werde erst glücklich sein, wenn der letzte Jud' aus Wien verschwunden ist.“ (Siehe dazu auch die Sammlung von Zitaten in dieser Ausgabe.)

Vorbei an allen politischen Veränderungen war es Bürgermeister Lueger gelungen mit seiner zum Programm er-

hobenen, massentauglichen Vereinfachung von komplexen Problemen, den so genannten „Lueger-Mythos“ zu etablieren. Am ersten Populisten Wiens kam auch in der Ersten Republik niemand vorbei. So übernahm 1926 das damals schon „Rote Wien“ die Kosten für das Fundament eines Lueger-Denkmal im ersten Bezirk. 1934 wiederum bediente sich das austrofaschistische Regime eines Lueger-Dramas, um austrofaschistische Vorstellungen auf der Bühne des Volkstheaters zu propagieren. Und auch die Nationalsozialisten bedienten sich des Lueger-Mythos für ihre Propaganda: der 1943 gedrehte Film Wien, 1910 stellt Lueger als einen Hitler-Vorgänger dar.

Hundert Jahre nach seinem Tod wird vor allem darüber debattiert, wie „echt“ sein politischer Antisemitismus gewesen sein mag. Zweifelslos war Lueger wie viele seiner Zeit und Sozialisation ein Antisemit. Worum sich die Debatten aber drehen, ist die Frage, ob der politische Antisemitismus Luegers und seiner Partei opportunistisches Mittel zum politischen Zweck oder politischer Selbstzweck gewesen sei. Hierbei taucht auch oft das folgende, ihm zugeschriebene Zitat auf: „Wer Jude ist, bestimme ich.“ Auch schreibt ihm das österreichische Schulbuch Einst und Heute, Band 7, die folgenden Worte zu: „Ja, wissen'S, der Antisemitismus is' a sehr gutes Agitationsmittel, um in der Politik hinaufzukommen; wenn man aber einmal oben is', kann man ihn nimmer brauchen, denn des is' a Pöbelsport!“ Diesen Zitaten, die Luegers instrumentelles Verhältnis zum Antisemitismus belegen sollen, stehen aber Aussagen ganz anderer, eindeutiger Art gegenüber, wie etwa: „Ich werde erst glücklich sein, wenn der letzte Jud' aus Wien verschwunden ist.“ (Siehe dazu auch die Sammlung von Zitaten in dieser Ausgabe.)

Hundert Jahre nach seinem Tod wird vor allem darüber debattiert, wie „echt“ sein politischer Antisemitismus gewesen sein mag. Zweifelslos war Lueger wie viele seiner Zeit und Sozialisation ein Antisemit. Worum sich die Debatten aber drehen, ist die Frage, ob der politische Antisemitismus Luegers und seiner Partei opportunistisches Mittel zum politischen Zweck oder politischer Selbstzweck gewesen sei. Hierbei taucht auch oft das folgende, ihm zugeschriebene Zitat auf: „Wer Jude ist, bestimme ich.“ Auch schreibt ihm das österreichische Schulbuch Einst und Heute, Band 7, die folgenden Worte zu: „Ja, wissen'S, der Antisemitismus is' a sehr gutes Agitationsmittel, um in der Politik hinaufzukommen; wenn man aber einmal oben is', kann man ihn nimmer brauchen, denn des is' a Pöbelsport!“ Diesen Zitaten, die Luegers instrumentelles Verhältnis zum Antisemitismus belegen sollen, stehen aber Aussagen ganz anderer, eindeutiger Art gegenüber, wie etwa: „Ich werde erst glücklich sein, wenn der letzte Jud' aus Wien verschwunden ist.“ (Siehe dazu auch die Sammlung von Zitaten in dieser Ausgabe.)

Hundert Jahre nach seinem Tod wird vor allem darüber debattiert, wie „echt“ sein politischer Antisemitismus gewesen sein mag. Zweifelslos war Lueger wie viele seiner Zeit und Sozialisation ein Antisemit. Worum sich die Debatten aber drehen, ist die Frage, ob der politische Antisemitismus Luegers und seiner Partei opportunistisches Mittel zum politischen Zweck oder politischer Selbstzweck gewesen sei. Hierbei taucht auch oft das folgende, ihm zugeschriebene Zitat auf: „Wer Jude ist, bestimme ich.“ Auch schreibt ihm das österreichische Schulbuch Einst und Heute, Band 7, die folgenden Worte zu: „Ja, wissen'S, der Antisemitismus is' a sehr gutes Agitationsmittel, um in der Politik hinaufzukommen; wenn man aber einmal oben is', kann man ihn nimmer brauchen, denn des is' a Pöbelsport!“ Diesen Zitaten, die Luegers instrumentelles Verhältnis zum Antisemitismus belegen sollen, stehen aber Aussagen ganz anderer, eindeutiger Art gegenüber, wie etwa: „Ich werde erst glücklich sein, wenn der letzte Jud' aus Wien verschwunden ist.“ (Siehe dazu auch die Sammlung von Zitaten in dieser Ausgabe.)

Hundert Jahre nach seinem Tod wird vor allem darüber debattiert, wie „echt“ sein politischer Antisemitismus gewesen sein mag. Zweifelslos war Lueger wie viele seiner Zeit und Sozialisation ein Antisemit. Worum sich die Debatten aber drehen, ist die Frage, ob der politische Antisemitismus Luegers und seiner Partei opportunistisches Mittel zum politischen Zweck oder politischer Selbstzweck gewesen sei. Hierbei taucht auch oft das folgende, ihm zugeschriebene Zitat auf: „Wer Jude ist, bestimme ich.“ Auch schreibt ihm das österreichische Schulbuch Einst und Heute, Band 7, die folgenden Worte zu: „Ja, wissen'S, der Antisemitismus is' a sehr gutes Agitationsmittel, um in der Politik hinaufzukommen; wenn man aber einmal oben is', kann man ihn nimmer brauchen, denn des is' a Pöbelsport!“ Diesen Zitaten, die Luegers instrumentelles Verhältnis zum Antisemitismus belegen sollen, stehen aber Aussagen ganz anderer, eindeutiger Art gegenüber, wie etwa: „Ich werde erst glücklich sein, wenn der letzte Jud' aus Wien verschwunden ist.“ (Siehe dazu auch die Sammlung von Zitaten in dieser Ausgabe.)

Hundert Jahre nach seinem Tod wird vor allem darüber debattiert, wie „echt“ sein politischer Antisemitismus gewesen sein mag. Zweifelslos war Lueger wie viele seiner Zeit und Sozialisation ein Antisemit. Worum sich die Debatten aber drehen, ist die Frage, ob der politische Antisemitismus Luegers und seiner Partei opportunistisches Mittel zum politischen Zweck oder politischer Selbstzweck gewesen sei. Hierbei taucht auch oft das folgende, ihm zugeschriebene Zitat auf: „Wer Jude ist, bestimme ich.“ Auch schreibt ihm das österreichische Schulbuch Einst und Heute, Band 7, die folgenden Worte zu: „Ja, wissen'S, der Antisemitismus is' a sehr gutes Agitationsmittel, um in der Politik hinaufzukommen; wenn man aber einmal oben is', kann man ihn nimmer brauchen, denn des is' a Pöbelsport!“ Diesen Zitaten, die Luegers instrumentelles Verhältnis zum Antisemitismus belegen sollen, stehen aber Aussagen ganz anderer, eindeutiger Art gegenüber, wie etwa: „Ich werde erst glücklich sein, wenn der letzte Jud' aus Wien verschwunden ist.“ (Siehe dazu auch die Sammlung von Zitaten in dieser Ausgabe.)

Zum 100. Todestag widmen sich zwei neue Biografien dem Wirken und Leben Karl Luegers. John W. Boyers Karl Lueger (1844–1910) – Christlichsoziale Politik als Beruf (Böhlau Verlag, Wien 2010) zeichnet sich durch enorme Detailfülle aus. Der Autor versucht das Phänomen Lueger aus seiner Zeit heraus zu erklären. Er zeichnet Luegers politischen Höhenflug – die Etablierung einer der erfolgreichsten Massenparteien der österreichischen Geschichte – nach und widmet auch seinem posthumen Wirken ein eigenes Kapitel, in dem er Luegers Einfluss auf den späteren Bundeskanzler Ignaz Seipel diskutiert. Frei von Seitenhieben, die Boyers politische Ausrichtung erahnen lassen, ist sein Buch allerdings nicht: so schreibt er von einem sozialdemokratischen „Würgegriff“ oder von der „roten Flut“, die die Stadt 1919 überrollt haben soll.

Die zweite Biographie ist Anna Ehrlichs Karl Lueger – Die zwei Gesichter der Macht (Amalthea Signum Verlag, Wien 2010). Die Autorin erhebt einen ähnlichen Anspruch wie Boyer, nämlich die „Widersprüche“ der Person und den Mythos Luegers „zu erklären“. Ehrlichs Buch gibt im Wesentlichen das gängige Lueger-Bild wieder und diskutiert Fakten ergänzt um Zitate und Berichte von Luegers zeitgenössischen Verbündeten und Feinden. Damit richtet sie sich an ein anderes Publikum als Boyer, der eine ausführlich recherchierte Strukturgeschichte vorgelegt hat, die den politischen und gesellschaftlichen Kontext in die Analyse mit einbezieht.

Einen endgültigen Abschluss der Debatte um Luegers Antisemitismus liefern beide Autoren nicht. Was bleibt, sind Luegers Worte und Taten, die ihn – jenseits seiner Intentionen – zu einem der ersten antisemitischen Massenpolitiker Mitteleuropas machten.

Johannes Breit

2009/09 Gedenkdienst am United States Holocaust Memorial Museum in Washington. Studiert Geschichte.

John W. Boyer: Karl Lueger (1844–1910) – Christlichsoziale Politik als Beruf (Böhlau Verlag, Wien 2010)

Anna Ehrlich: Karl Lueger – Die zwei Gesichter der Macht (Amalthea Signum Verlag, Wien 2010)

Achtung: Adressänderung!

### Impressum

**Medieninhaber:** GEDENKDIENT - Verein für historisch-politische Bildungsarbeit und internationalen Dialog  
A-1050 Wien, Margaretenstrasse 166,  
tel +43 1 581 04 90 fax dw -90,  
office@gedenkdienst.at, BAWAG,  
BLZ 14 000, Kto. 02010607593, DVR 003506

**Obmann:** Florian Wenninger  
**Kassier:** Ulrich Kopetzki  
**Schriftführerin:** Janine Zetti

Jede weitere Veröffentlichung bedarf der Zustimmung der AutorInnen. Die in den Artikeln vertretenen Meinungen müssen nicht mit den Positionen des Vereins Gedenkdienst ident sein.

**MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:** Johannes Breit, Christoph Fischer, Eilfriede Hammerl, Till Hillmar, Johann Kirchknopf, Lukas Meißel, Birgit Nemeč, Magdalena Neumüller, Adina Seeger, Matthias Vigil, Florian Wenninger, Janine Wulz  
**Abbildungen/Bildrechte:** Josip Novosel (1,2,4,5), Verein R.E.F.U.G.I.U.S.  
**Redaktion:** Christoph Fischer, Johann Kirchknopf, Adina Seeger  
**Fotoredaktion:** Christoph Fischer  
**Layout:** Ulrike Fleschhut

**Druck:** simply more, Wien  
**Erscheinungsort:** Wien  
**Auflage:** 2500  
**Preis:** € 0,75

## Ent-Schuldigungen für Lueger

Anmerkungen zur wissenschaftlichen Debatte über Karl Lueger

Ist jemand, der gerne mal auf „die Juden“ schimpft deswegen automatisch Antisemit?

Ein klares Ja auf diese Frage scheint vielen in Bezug auf Karl Lueger schwer zu fallen. Bewiesenermaßen hat er antisemitische Positionen vertreten, dennoch zögern einige Menschen, ihn als Antisemiten zu bezeichnen ohne seinen Antisemitismus nicht im nächsten Satz zu relativieren, herunterzuspielen oder als „Phänomen seiner Zeit“ zu entschuldigen.

Auch im wissenschaftlichen Diskurs wurde die Rolle Luegers in letzter Zeit vermehrt diskutiert, Streitpunkt ist immer noch die Bewertung Luegers in Bezug auf seine Einstellung gegenüber Juden und Jüdinnen. Was also sind die Argumente, die in die letzten Debatten eingebracht wurden, was sind die Aussagen, Positionen und daraus abgeleiteten Konsequenzen?

In wissenschaftlichen Publikationen zu Shoah und Nationalsozialismus wird immer wieder betont, dass der Antisemitismus 1933 beziehungsweise 1938 nicht vom Himmel fiel. Die Auseinandersetzung mit Antisemitismus fokussiert zu meist den Holocaust, auch wenn darauf hingewiesen wird, dass die Ursprünge des NS-Antisemitismus in der Zeit vor der Gründung der NSDAP liegen. Die antijüdischen Ressentiments und Stereotype, die von den Nazis propagiert wurden, waren nicht ihre eigenen Erfindungen, sondern bereits weit verbreitete Vorstellungen. Als bestes Beispiel für diese Behauptung dient Hitler selbst mit seinen bereits zu genüge zitierten Passagen aus Mein Kampf, in denen er auch seine „Wiener Lehr- und Leidensjahre“ beschreibt. Seinem Antisemitismus und seiner Bewunderung für Karl Lueger verleiht er Ausdruck, bekräftigt jedoch die Christlichsoziale Partei und wirft ihr das Fehlen einer Rassenideologie Georg Schöners vor. Heute würde kein aufgeklärter und reflektierter Mensch auf die Idee kommen Schönerer und seine Anhänger-

rInnen von ihren gefährlichen Einstellungen und den daraus folgenden Konsequenzen freizusprechen. Obwohl Lueger ebenfalls, wenn man die Ausführungen Hitlers ernst nimmt, eine wichtige Rolle für die Genese des NS-Antisemitismus spielte, gibt es kaum klare Abgrenzungen zu ihm.

Am 5. März dieses Jahres veröffentlichte Anton Pelinka im Online-Standard einen Artikel über Karl Lueger.<sup>1</sup> Der Politologe führt in seinem Text aus, dass Lueger sich vorhandener Vorurteile bediente, aber nicht „der Antisemit“ gewesen sei. Was aber der Unterschied zwischen „dem“ Antisemiten und „einem“ Antisemiten sein soll, erklärt Pelinka nicht. Auch andere WissenschaftlerInnen schlagen in eine ähnliche Kerbe wie Pelinka. John W. Boyer veröffentlichte dieses Jahr eine Lueger-Biografie (siehe dazu den Artikel in dieser Ausgabe), in der er zum Schluss kommt, dass der ehemalige Wiener Bürgermeister zwar Antisemit gewesen sei, man aber die Zeit in der er lebte und deren Umstände berücksichtigen müsse.

Durch alle Jahrhunderte hindurch ziehen sich Wellen von Hass auf Juden und Jüdinnen, die oft abebbten und ein ruhiges Zusammenleben garantierten, oftmals jedoch wieder aufkamen, meist durch politisch motivierte Überlegungen der Machthabenden legitimiert. Die dabei ins Feld geführten Stereotype ziehen sich durch all diese Epochen hindurch, werden adaptiert und angepasst. Durch die lange Tradition der Diskriminierung und Verankerung der Vorurteile in Bevölkerung und diversen Institutionen, wie zum Beispiel Kirche, Militär und Bürokratie, gab es unter der Oberfläche immer ein antisemitisches Gewaltpotential, das in angespannten Zeiten vermehrt zum Vorschein kam. Karl Lueger erkannte darin aus erster Hand eine Wahlstimmen generierende Konstellation und schwang sich durch seine gezielt eingesetzten und radikal antisemitischen Äußerungen zum Bürgermeister von Wien und ersten mo-

dernen Populisten auf. Und auch in diesem Punkt suchen viele eine Entschuldigung für Luegers Verhalten: Er sei ein Kind seiner Zeit gewesen. Diese Phrase soll wohl bedeuten, dass, erstens, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Antisemitismus noch salonfähig war und, dass, zweitens, es sich um einen Abschnitt der Vergangenheit handelt, der vor der Shoah liegt und noch niemand die Gefahr und das Potenzial von systematischer Diskriminierung erkannte.

Doch werfen wir einen Blick auf Wien in der Zeit Karl Luegers: Ganz allgemein kann man es als eine Zeit nach der Aufklärung identifizieren, das Judentum war als Religion anerkannt, Juden und Jüdinnen waren zum ersten Mal in der Geschichte der Stadt gleichberechtigt. Es ist richtig, dass es Antisemitismus gab, aber von Gesetzes wegen waren diese Vorurteile nicht legitim. Lueger jedoch bediente sich dieser antiliberalen, gewalttätigen und rassistischen Vorurteile bewusst und setzte sie politisch ein. Es wäre absurd zu behaupten, dass die antisemitische Propaganda des Bürgermeisters einer Stadt keine Auswirkungen auf die Bevölkerung hätte, unabhängig davon, ob dieser nun als Privatperson daran glaubte oder nicht.

In Erinnerung an den Bürgermeister und Antisemiten Lueger ist bis heute ein Stück des Rings in Wien benannt, wird ein Lueger-Denkmal von der Stadt Wien in stand gehalten, steht am Zentralfriedhof die Dr.-Karl-Lueger-Gedächtniskirche, ist an der Technischen Universität Wien am Karlsplatz bis heute eine Lueger-Gedenktafel angebracht. An keinem dieser Orte befindet sich auch nur ein kritischer Hinweis auf Luegers Antisemitismus.

Derzeit wird diskutiert, ob man das Lueger-Denkmal in Form eines Kunstprojektes kontextualisieren könnte – zu mehr scheint man nicht bereit zu sein: Umbenennung des Rings oder Abbau des Denkmals sind zurzeit nicht geplant. Anstatt etwas Neues zu schaffen, beispielsweise ein Mahnmal gegen Antisemitismus, ist es offenbar nahe liegender ein von einem autoritären Regime in faschistischem Stil errichtetes Denkmal zu erhalten und als Erinnerungsort zu manifestieren. Das Gedenken an Lueger im öffentlichen Raum ist stark von einer austrofaschistischen und einer den Austrofaschismus verharmlosenden Geschichtsinterpretation geprägt.

Eine wissenschaftliche Verortung Karl Luegers aber muss, wenn man sich die Situation der Erinnerungsorte in Wien ansieht, zwangsläufig mit Konsequenzen, dass heißt: Forderung im Jetzt verbunden sein. So wird man dem Anspruch kritischer Wissenschaft nicht gerecht werden, wenn man sich mit Antisemitismus auseinandersetzt, aber nichts daran findet, an der Adresse Dr.-Karl-Lueger-Ring zu studieren oder zu unterrichten.

Magdalena Neumüller

Studienfahrten-Guide im Verein GEDENKDIENT und Guide an der Gedenkstätte Mauthausen. Studiert Politikwissenschaft und Arabisch. Seit 2010 Büroleiterin des Vereins GEDENKDIENT.

<sup>1</sup> Vgl.: <http://derstandard.at/1267743370347/Karl-Lueger-Mythos-und-Gegenmythos>, 6. August 2010

## Gedenken und Verantwortung



Oft und gerne strapazieren Rednerinnen auf diversen Gedenkveranstaltungen Wendungen wie „Für die Gegenwart lernen“, betonen die „Pflicht zur Erinnerung“ und die „Lehren der Geschichte“. Gedenken ist recht, weil's so billig ist. Moralische street credibility zum politischen Diskontpreis. Kost fast nix.

Die nachfolgende Rede führt uns weg von dieser Beliebigkeit, versucht Antwortmöglichkeiten zu eröffnen auf die herausfordernde und zugleich entscheidende Frage im Umgang mit Geschichte: „Und wir?“ Gehalten hat sie die Journalistin und Autorin Elfriede Hammerl auf der heurigen Gedenkfeier des Vereins RE.F.U.G.I.U.S. (Rechnitzer Flüchtlings- und Gedenkinitiative und Stiftung) in Rechnitz. Wir drucken eine leicht gekürzte Fassung mit freundlicher Genehmigung durch Autorin und VeranstalterInnen.

Rechnitz, 28. März 2010  
Damals. Damals war das ganz anders. Sie haben ja keine Ahnung. Sie können sich das nicht vorstellen. Damals konnte man nicht. Damals durfte man nicht. Damals war man gezwungen zu. Man war ja ein Opfer, praktisch. Gebundene Hände.

Doch, ich kann es mir vorstellen. Kuschen – okay. Wir haben alle nur ein Leben, es ist legitim, es behalten zu wollen. Aber Fleißaufgaben dienen nicht dem Überleben. Niemand war gezwungen zu denunzieren, zu demütigen, über den Haufen zu schießen.

Also: Keine falschen Behauptungen.

Vor allem aber: heute. Heute kann man. Heute darf man. Heute könnte man, wenn man wollte. Womit werden sich diejenigen entschuldigen, die heute verleumden, demütigen, verachten und hetzen, falls sie einmal gezwungen sein sollten, Rechenschaft abzulegen? (Es könnte ja sein. Man soll die Hoffnung nicht aufgeben.)

Wer zwingt die ÖVP, Martin Graf, Mitglied der rechtsextremen Burschenschaft Olympia, nicht aus dem Amt des 3. Nationalratspräsidenten zu entfernen?

Wer hat ÖVP und SPÖ gezwungen, Graf überhaupt erst zum 3. Präsidenten des Nationalrates zu wählen?  
Wer zwingt den oberösterreichischen Landeshauptmann, sich jedweden Kommentar zu einer Präsidentschaftskandidatin Rosenkranz zu schenken, nur um keine Wahlempfehlung abzugeben?

Wer zwingt den burgenländischen Landeshauptmann, Asylwerber mit Kriminellen gleichzusetzen?

Wer zwingt die Innenministerin, Asylwerber einsperren zu wollen, sich über ein verzweifelt Mädchen, das sich hier zu Hause fühlen möchte, auch wenn es nicht hier geboren wurde, öffentlich lustig zu machen und es der Erpressung zu bezichtigen, wer zwingt sie, den Begriff Rechtsstaat sprachlich zu pervertieren, indem sie ihn vorschleibt, um den staatlichen Verzicht auf humanitäres Handeln zu begründen?

Der Souverän ist es angeblich, auf den sie hören, die Innenministerin, die Landeshauptleute, die Parteistrategen, die Funktionäre und Funktionärinnen, es zwingt sie der Souverän, der Wähler, der Volkswille. (Merke: der Souverän ist immer männlich, aber das heißt nicht, dass

die Wählerinnen aus dem Schneider sind. Im Gegenteil, hinterher – hinter welcher auch immer von der Geschichte später verurteilten Schweinerei – waren sie es, die sich angeblich durch besondere Niedertracht ausgezeichnet haben. Das nur nebenbei.)

Jedenfalls: Volkes Wille. Sagen sie. Rein verbal ist man versucht, nichts dagegen zu haben, gegen so einen exekutierten grauslichen Willen, wenn schon exekutiert werden muss, warum dann nicht ein Wille, der beispielsweise dazu zwingt, schwerkranke Menschen in ein so genanntes Heimatland zurückzuschicken, in dem sie mit Sicherheit keinerlei medizinische Versorgung kriegen werden?

Aber die Flucht in Sprachspielereien ändert leider, wir wissen es, nichts an der Realität, und am Ende ist es doch wieder nur der arme Teufel mit dem Gehirntumor, der exekutiert wird, indem man ihn zurückschiebt nach Tschetschenien.

Also: gezwungene Politik. Vom unerbittlichen Souverän getrieben. Und wer zwingt den Souverän? Den Souverän zwingt angeblich die Angst. Der Souverän fürchtet sich vor dem Asylwerber. Vor den Flüchtlingen. Vor den Wirtschaftsflüchtlingen, die die Unverschämtheit an den Tag legen, Hunger und Not entkommen zu wollen, als wären sie Menschen wie wir.

Der Souverän fürchtet sich vor Kindern, die das Leben gleichgültig hier abgeworfen hat. Tickende Zeitbomben. Sie wachsen hier auf, gewöhnen sich ein, gehen zur Schule, spielen in der örtlichen Fußballmannschaft, sprechen Hochdeutsch und/oder österreichische Dialekte, wollen einen Beruf erlernen, möchten Steuern zahlen, wollen hier Kinder kriegen und womöglich hier alt werden – kurzum, sie sind furchteinflößend bis dort hinaus, denn sie sind fremd. Sie fühlen sich nicht fremd, sie benehmen sich nicht befremdlich, sie sind so wie der Nachwuchs, der uns angeblich fehlt und den wir angeblich brauchen, aber tief drinnen in ihnen, in ihren Blutbahnen, kreist das Fremde, irgendwo in ihren Genen lauert das Ausländische, und davon fühlt sich der Souverän bedroht, das wissen die getriebenen Politiker und Politikerinnen ganz gewiss.

Jetzt einmal nur so dazwischen gefragt: Was passiert eigentlich den angeblich Getriebenen, wenn sie diesen mutmaßlichen Volkswillen nicht exekutieren? Müssen sie um Leib und Leben bangen oder laufen sie bloß Gefahr, die eine oder andere Wahl zu verlieren?  
Naiv gefragt. Denn sie wollen die Wahlen ja nicht aus Eigennutz gewinnen, sagen sie, sondern, sagen sie, um Schlimmeres zu verhindern, sie wollen uns schützen, vor denen, die dann das Sagen hätten, wenn sie nicht mehr das Sagen haben, sagen sie, aber wovor schützen sie uns eigentlich, wenn sie es vorsorglich denen gleich tun, die noch nicht das Sagen haben, und wer sagt,

dass wir es sind, die sie schützen, wenn sie doch den Willen derer exekutieren, vor denen sie uns angeblich schützen wollen?

So viel Schutzbedürfnis und so viel Furcht. So viel Furcht vor Schutzlosen. Wer soll sich da noch auskennen?

Der furchtsame Souverän kennt sich nicht aus, er fürchtet sich nicht differenziert, er wirft alle in einen Topf, die Kriminaltouristen und die Flüchtlinge und die Armen, die bloß vor der Armut geflüchtet sind. Ja, bloß vor der Armut, so heißt das, Wirtschaftsflüchtlinge, keiner hat ihnen die Kalaschnikow an die Stirn gehalten, was hat sie also gestört, nur der Hunger und die Kälte und die Aussichtslosigkeit in ihrem Land, das doch nicht ihnen gehört, sonst würden sie vielleicht nicht gehen?

Der Souverän differenziert nicht, weil er ein Opfer der Medien ist, niemand klärt ihn ja auf, aber wer, zum Teufel, zwingt ihn, nur die Kronen Zeitung zu lesen und ihr auch noch zu glauben? Und wer zwingt die Regierenden, sich der Kronen Zeitung zu unterwerfen?

Doch halt, nein, der Souverän ist gar nicht so. Wer immer dieses Bild von ihm entwirft, nimmt ihn nicht wahr, wie er auch ist.

[www.fussballverbindet.org](http://www.fussballverbindet.org) heißt zum Beispiel eine Website. Sie zeigt eine jugendliche Fußballmannschaft, Buben und Mädchen in grünen Dressen, nur eine Kinderfigur ist bloß noch als schwarzer Schattenriss vorhanden. Darüber steht in gelber Schrift: Bernard Karrica, abgeschoben am 21.2.2010. Und dazu gibt es einen Text, in dem heißt es: „Fußball verbindet, aber einer musste gehen. Fußballkollegen, Trainer, Mitschüler und Lehrer vermissen Bernard und haben einen guten Freund verloren. Bernard hatte Hoffnung auf eine erfolgreiche Sportlerlaufbahn und ein glückliches Leben. Trauer und Hoffnungslosigkeit sind jetzt seine Begleiter.“

Nach jahrelangem Aufenthalt in Österreich wurden Bernard, seine Geschwister und Eltern von den Behörden in nur 5 Tagen aus ihrem und unserem Leben gerissen.

Familie Karrica ist unbescholten und bestens integriert, sie hat sich nichts zu schulden kommen lassen und alle Voraussetzungen für ein humanitäres Bleiberecht erfüllt. So wie ihnen ergeht es täglich vielen Familien, die unter uns ein Zuhause gefunden haben. Die Behörden, die diese Familie in den Kosovo geschickt haben, hätten auch einen humanitären Aufenthalt erteilen können. Diese Behörden meinen, im Sinne von allen Österreichern zu handeln. Aber das tun sie nicht.

Wir denken und fühlen anders!  
Wir wollen, dass diese Familien bleiben! Wir wollen menschliches Handeln und Vollziehung eines humanitären Aufenthaltes!

Ja, das gibt es auch. Gemeinden, die sich vor ihre Asylwerber stellen. Manch-

mal haben sie sogar Erfolg. In Vorarlberg wurde bekanntlich durch den Protest eines Dorfes tatsächlich die Abschiebung einer Familie aus dem Kosovo verhindert, ob auf Dauer, weiß man freilich nicht. Im Morgengrauen waren sie gekommen, wie immer in solchen Fällen, im Morgengrauen zum Abholen, damit es kein Aufsehen gibt, das hat eine lange und unselige Tradition, es ist kein Zufall, dass einem das so schrecklich bekannt vorkommt. Aber diesmal waren andere ebenfalls früh aufgestanden, rund 40 Dorfbewohner, die protestierten und mit den Beamten diskutierten.

Das gibt es nämlich und nicht so selten: Überall im Land bilden sich Initiativen, Plattformen, Gruppen, die bereit sind, zu helfen. Sie reden nicht schrankenloser Zuwanderung das Wort, aber sie gehen zu Recht davon aus, dass geregelter Zuzug nicht erbarmungsloses Verstoßen von Menschen bedeuten kann, von Menschen, die ja nicht aus Bosheit oder Übermut in ein fremdes Land gekommen sind, sondern weil sie Hilfe brauchen. Und schon gar nicht kann es bedeuten, dass wir Kinder wegwerfen wie Abfall, Kinder, die nichts dafür können, dass ihre Eltern sie verpflanzt haben, selbst wenn die Eltern gegen unsere Regeln verstoßen haben sollten.

Ach ja, die Regeln. Der fünfjährige Taschu aus Tschetschenien beispielsweise wurde in Tschetschenien von einem Kinderwagen überfahren. Der Fahrer kam ins Gefängnis, seine Familie terrorisierte Taschus Mutter. Sie flüchtete mit dem schwerverletzten Kind, das an einem offenen, infizierten Beinbruch litt, über Polen nach Österreich. Hier versucht man nun, Taschus Bein zu retten, eine komplizierte Therapie ist nötig. Aber die Regeln verlangen, dass Taschu mit seiner Mutter wieder nach Polen zurückgeschickt wird, wo sein Bein nicht behandelt werden kann.

Wer sagt, dass die Einhaltung der Regeln wichtiger ist als Taschus Bein?

Wer hindert uns, Regeln zu überdenken und gegebenenfalls zu ändern?

Was sind das für Regeln, die verletzte, hilflose, hilfsbedürftige Kinder kriminalisieren?

Was sind das für Regeln, denen zufolge gut integrierte zugezogene Familien als Stabilitätsrisiko abgeschoben werden, während es ihnen nicht gelingt, tatsächliche Kriminelle fernzuhalten?

„Wir brauchen diese Kinder“ nennt sich eine Plattform für Asylsuchende, die sich in Schruns gebildet hat. „Arigona muss bleiben, Fekter muss weg“ heißt eine Facebook-Gruppe mit großem Zulauf. Auch das ist Volkes Stimme.

Warum hören die Fekters und die Niessls nicht auf sie? Warum buhlen die großen Parteien nicht um diese Wählerinnen und Wähler statt um die miesesten Ungutmenschen, die es in diesem Land halt auch gibt?

Eigentlich könnte man von anständigen, in der Politik tätigen Menschen ja

verlangen, dass sie so was wie Mut an den Tag legen, wenn es gilt, moralischer Integrität zum Sieg über Missgunst und paranoide Feindseligkeit zu verhelfen. Doch bei näherer Betrachtung stellt sich heraus: Den besonderen Mut braucht es nicht einmal. Dieses Land ist gar nicht in der Hand herzloser, egoistischer, brutaler Horden. Es schaut nur so aus, als sollte es denen ausgeliefert werden.

Dieser Tage ist das Asylsuchen der Familie Zogaj – oder besser: der Personen, die von der Familie Zogaj noch übrig sind, das sind die selbstmordgefährdete Mutter, die beiden jüngsten Kinder und die 18jährige Arigona – dieser Tage also ist das Asylsuchen dieser Personen auch in der zweiten Instanz von Österreich abgewiesen worden. Die Richter zeigten sich unbeeindruckt von allen Argumenten, die der Anwalt der Familie vorbrachte. Die psychisch kranke Mutter könne auch im Kosovo behandelt werden, denn die psychiatrische Versorgung im Kosovo sei völlig ausreichend. Dass sich die Familie in Österreich bestens integriert habe, sei irrelevant.

Die Republik lässt sich nicht erpressen.

Das ist alles, was der Innenministerin, was den zuständigen Behörden einfällt, wenn sich eine Jugendliche, die hier heimisch geworden ist, verzweifelt dagegen wehrt, in die Fremde geschickt zu werden: Erpressung? Und wie zynisch muss man sein, wenn man die psychiatrische Versorgung im Kosovo als ausreichend bezeichnet?

Was für eine Schande für dieses Land. Was für eine Schande, wenn die Republik Österreich einer 18jährigen und ihrer Mutter und ihren kleinen Geschwistern so richtig „zeigt“, wer stärker ist, als gehe es hier um eitle Siege und nicht um Anstand und Erbarmen!

Noch gibt es eine letzte Hoffnung in dieser symptomatischen Causa: die, dass der Verfassungsgerichtshof menschlich entscheidet. Noch gibt es eine letzte Hoffnung für alle, die sich nicht für Österreich schämen wollen: die, dass der Verfassungsgerichtshof ein Signal setzt. Ein Signal, dass Schluss sein muss mit diesem Justament-Verhalten der Staatsmacht Menschen gegenüber, die sich weiter nichts zuschulden kommen ließen, als nicht hier geboren worden zu sein.

Volkes Wille. Hoffen wir, dass wir das Volk bleiben.





**Bildung  
Macht  
Zukunft**

- Seminare
- eLearning
- Kunst- und Kulturangebote
- ermäßigte Tickets für Oper, Theater und Konzerte

[www.voegb.at](http://www.voegb.at)



### Das Kind, das ich war – Erinnerungen an die Vertreibung der Slowenen aus Kärnten

Andrej Kokot, Drava Verlag, Klagenfurt/Celovec 2007

„Ich konnte meine Freude, dass wir verreisen nicht verbergen. Leuten, die an den Häusern standen winkte ich zu, und rief: „Wir gehen fort, ihr aber müsst zu Hause bleiben.“

In einer so kindlichen, lapidaren Sprache beschreibt Andrej Kokot die Vertreibung seiner Familie von ihrem Hof in Zgornja vas/Oberdorf in den Ossiacher Tauern. Wie die Familie Kokot wurden im April 1942 über 200 slowenische Familien, der Verband der ausgesiedelten Slowenen/Zveza slovenskih izseljencev spricht von 1097 Personen, im Rahmen der „K-Aktion“ gezwungen ihre Häuser zu verlassen und erst ins Sammellager Ebenthal/Zrelec gebracht, um anschließend ins Reichsgebiet deportiert zu werden. Nach drei langen Jahren und Stationen in den Lagern Rehnitz, Rastatt und Gerlachsheim konnten die meisten von ihnen wieder nach Kärnten/Koroska zurückkehren. Die Ankunft in ihrem Heimatort mag ein weiteres Zitat von Kokot beschreiben: „Wir erwarteten, dass man uns willkommen heißen würde. Aber nichts geschah, obwohl wir das Gefühl hatten, dass wir beobachtet wurden [...] Wollten sie es nicht wahrhaben, dass wir zurückgekehrt waren?“

Andrej Kokot, zum Zeitpunkt der Deportation sechs Jahre alt, schreibt eine Geschichte nieder, die in Österreich im allgemeinen und in Kärnten/Koroska im besonderen nicht nur vergessen, sondern auch geleugnet wird. Und er schildert sie auf eine Art und Weise, die Heinz Fischer im Geleitwort als „ohne Ressentiments, mit viel Einfühlungsvermögen

und kindlicher Erinnerung“ beschreibt. Es ist natürlich jedem selbst überlassen, das Buch und seine Aussage zu verstehen und zu interpretieren, aber die „K-Aktion“, die Vertreibung von slowenischen Familien aus Kärnten/Koroska durch die NationalsozialistInnen unter kräftiger Mithilfe der deutschsprachigen KärntnerInnen, ist wohl mit einfachen sprachlichen Mitteln am besten zu bewältigen. Der Autor hat das ganze Buch in einem einfachen, wohl bewusst kindlich und persönlich anmutenden Ton verfasst, der die Lektüre leicht macht. Oft fast zu leicht. Die Angst, die Entbehrungen und das Grauen, welche der kleine Andrej und seine Familie erlebt haben, brechen nur an wenigen Stellen durch, etwa wenn er brutale Lagerführer oder grausame NSV-Schwester beschreibt. Nur im letzten Teil des Buches wird die Sprache eindeutiger. Es ist der Teil, in dem der slowenische Schriftsteller und Intellektuelle Kokot Klartext spricht und von den Steinen erzählt, die seiner Familie und den Kärntner SlowenInnen nicht nur in der Nachkriegszeit in den Weg gelegt wurden. Es mag stimmen, dass er, wie Heinz Fischer meint, „ohne Ressentiments“ und mit „kindlichem Einfühlungsvermögen“ schreibt, aber in Wirklichkeit geht es dem Autor um viel mehr: Es geht darum, dass dieser Abschnitt seiner Kindheit, den er im Buch beschreibt – die Vertreibung, die Angst, die Zwangsarbeit, der Mord an seinem Bruder, die ausgebliebene Wiedergutmachung – eine offene Wunde geblieben ist. Oder sollte es etwas anderes bedeuten, wenn ein Aufsatz zum Thema „Ein bedeutender Tag in meinem Leben“, und dieses Thema konnte für den jungen Andrej natürlich nur der Tag der Vertreibung sein, vom Lehrer als „nicht zeitgemäß

beurteilt und mit dem Ratschlag zurückgegeben wird, dass er „über diese Zeit nicht nachdenken, sondern sie vergessen“ solle?

Abschließend lässt sich sagen, dass es zu wenig wäre, dieses Buch als – zugegeben dramatische und hervorragend verfasste – Kindheitserinnerung zu beschreiben. Andrej Kokot nimmt anhand seines Lebens die Geschichte der Kärntner SlowenInnen und nicht zuletzt auch die Geschichte Kärntens/Koroskas in den Blick. Ein Buch, das auch zum Verständnis der heutigen Situation im (ehemaligen) Haiderland beiträgt. *Matthias Vigl*

### Das Buch der Namen. Die Opfer des Nationalsozialismus in Kärnten

Herausgegeben von Wilhelm Baum, Peter Gstettner,  
Hans Haider, Vinzenz Jobst und Peter Pirker  
Kitab-Verlag, Klagenfurt/Celovec, Wien 2010

Erst durch die „Befragung der Schicksale“ wird es möglich der „Erinnerung einen Namen“ zu geben, schreiben die Herausgeber dieses Bandes in ihrer Einleitung. Viele kleinere und größere Forschungsprojekte versuchten in den letzten Jahren genau das: die Opfer des Nationalsozialismus in Kärnten/Koroska zu recherchieren, ihre Geschichten zu erzählen und sie so nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Diese Geschichten sind so wichtig, weil es „die einzige Form ist, die den Respekt vor dem einzelnen Menschen ausdrückt“ so Peter Gstettner; es ist dies ein Weg Identifikation und Mitgefühl möglich zu machen.

Das Buch beinhaltet verschiedene Zusammenstellungen von NS-Opferlisten, manchmal in einer Reihe von Namen, manchmal durch kürzere oder längere

Biografien ergänzt. Diese werden jeweils zu verschiedenen Opfergruppen zusammengefasst – Jüdinnen und Juden, Roma und Sinti, SozialistInnen, KommunistInnen, SlowenInnen, Konservative, Zeugen Jehovas, Kriegsgefangene, ZwangsarbeiterInnen, Euthanasieopfer und regionale NS-Opfer. Die jeweiligen Darstellungen der Opfer werden durch einführende Texte kontextualisiert.

Das Buch der Namen ist somit ein informatives und wertvolles Nachschlagewerk und zudem eine gute Basis für jedwede weiteren Recherchen in Kärnten/Koroska.

Leider fehlt dem Buch aber ein wenig der rote Faden, der Leserin wird nicht ganz klar, warum das Buch auf diese Weise zusammengestellt wurde und welche Querverbindungen es zwischen den einzelnen Forschungen gibt. Darüber hinaus fehlen in weiten Teilen Informationen zur wissenschaftlich-methodischen Vorgehensweise der AutorInnen, was für weitere Forschungen hilfreich wäre.

Dies aber trübt den Blick nicht darauf, dass die AutorInnen einen beeindruckenden Überblick über die nationalsozialistischen Verbrechen in Kärnten/Koroska aus der Perspektive der Opfer geschaffen haben. Wird das Buch nun auch noch – beispielsweise im Unterricht – genutzt, sind die Herausgeber ihrem Ziel eine „personenbezogene Erinnerungskultur, die im Lauf der Zeit zu einer besseren Erforschung und einem tieferen Verständnis dieser Menschenrechtsverbrechen in Kärnten führt“ ein gutes Stück näher gekommen. *Janine Wulz*

## Theresienstadt – Ein Ort des Widerspruchs

### Ankündigung der Studienfahrt nach Terezín/Theresienstadt



Theresienstadt hat sich im öffentlichen Gedächtnis als das propagandistische „Musterghetto“ der Nationalsozialisten eingepreigt. Ein Ort, an dem musiziert, gemalt und gedichtet wurde; ein Ort, an dem Kinder von Intellektuellen unterrichtet wurden. Gleichzeitig ist Theresienstadt aber auch einer der wesentlichen Orte der Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden. So überlebten von den 15.000 ÖsterreicherInnen, die nach Theresienstadt deportiert wurden, lediglich 1.500 Häftlinge.

Diese idyllische Kleinstadt außerhalb Prags gibt also Einblicke in das „Musterghetto“ Theresienstadt, gleichzeitig aber in den Terror eines Konzentrationslagers.

Die Studienfahrt vom 12. bis 14. November 2010 zeigt den Überlebenskampf der Häftlinge, die Mechanismen der Deportationen von Wien nach Theresienstadt und den Versuch der Häftlinge, möglichst viele ihrer Mithäftlinge zu retten. Darüber hinaus beschäftigt sich die Studienfahrt mit Kunst und Kultur im Ghetto.

Der letzte Tag der Studienfahrt (Montag, 15. November 2010) ist optional und

wird in Prag verbracht. Dort soll das Jüdische Viertel besucht und den Hintergründen der Deportationen nachgegangen werden. *Till Hilmar*

### Studienfahrt Theresienstadt

**12. bis 15. November 2010**  
(15. November optional)

**Betreuung:** Wolfgang Schellenbacher,  
Verein GEDENKDIENTST

**Kosten:** 300€ pro Person (Anreise, Unterkunft, Verpflegung, Eintritte inkludiert) Einzelzimmerzuschlag pauschal 15 Euro

**Anmeldung** unter

**www.studienfahrten.at**

Veranstaltet vom Verein Gedenkdienst, in Kooperation mit den Wiener Volkshochschulen

Ein Informationsabend findet am Dienstag, 19. Oktober 2010 um 19 Uhr in der Volkshochschule Hietzing statt (13., Hofwiesengasse 48).

Mit freundlicher Unterstützung durch:



**ZukunftsFonds**  
der Republik Österreich

Nationalfonds der Republik Österreich  
für Opfer des Nationalsozialismus

GEDENKDIENTST  
A-1050 Wien, Margaretenstraße 166  
tel +43 1 581 04 90  
fax +43 1 581 04 90 90  
office@gedenkdiensat  
www.gedenkdiensat

Kontaktadresse